

Ludwig-Erhard-Preis

Wie rechts ist Tichy?

● Nach der Weigerung des CDU-Wirtschaftsexperten Friedrich Merz, den renommierten Ludwig-Erhard-Preis anzunehmen, streiten CDU und FDP über den Vorsitzenden der gleichnamigen Stiftung, Roland Tichy. Es geht um die Frage, ob dessen Internetblog die Grenze zum Rechtspopulismus überschreitet. Es sei bedenklich, »dass ehrwürdige Institutionen wie die Erhard-Stiftung von Nationalliberalen gekapert werden«, sagt FDP-Fraktionsvize Michael Theurer. FDP-Generalsekretärin Nicola Beer, in der Vergangenheit selbst Autorin für »Tichys Einblick«, hält dagegen: »Tichy ist liberal in seiner Wirtschaftsauffassung. Konservativ in seinem gesellschaftspolitischen Weltbild. Und er ist ein scharfer Kritiker von Merkels Flüchtlingspolitik, wie wir auch.« Auch in Erhards Partei, der CDU, wird hitzig debattiert. In konservativen Unionskreisen wird Merz wegen der Ablehnung des Preises kritisiert, indes nicht öffentlich; der CDU-Wirtschaftsrat kündigte an, weiter mit der Erhard-Stiftung zu kooperieren. Dagegen greift Oliver Wittke, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsminister, Tichy an, vor allem mit Blick auf die Blogbeiträge in Sachen Flüchtlingspolitik: »Erhard hätte sich dafür eingesetzt, die positiven Effekte der Zuwanderung für die Wirtschaft und Sozialsysteme zu nutzen. Hier beobachte ich bei Tichy leider zu oft die gegenteilige Haltung.« AMA, CSC

Greser & Lenz



Hoeneß verpflichtet einen geretteten Höhlenjungen aus Thailand.

Diesel

Manipulationen auch beim Porsche Panamera

● Das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) wird in Kürze einen verpflichtenden Rückruf für den Porsche Panamera verhängen. Bei dem Dieselmodell sei eine unzulässige Manipulation am Abgasreinigungssystem entdeckt worden, die zu einem erhöhten Ausstoß von Stickoxiden führe, heißt es aus dem Bundesverkehrsministerium. Damit sticht Porsche in der Abgas-

affäre heraus: Nach diesem Rückruf wird es kein einziges legales Dieselmodell von Porsche geben, wie man im Haus von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) bemerkt. Betroffen von Rückrufen waren bereits die Dieselmotoren Cayenne und Macan. Das Unternehmen hatte vor einigen Monaten den Verkauf aller Dieselmotoren gestoppt. Ein Porsche-Sprecher teilte auf Anfrage mit, der Abstimmungsprozess mit dem KBA dauere noch an, weswegen man derzeit keine Stellung zu den Vorwürfen beziehen wolle. GT

Kommentar

Macht braucht Grenzen

Die EU-Kommission geht zu Recht hart gegen Internetkonzerne wie Google vor.

Mag sein, dass das Bußgeld der EU-Kommission gegen Google tatsächlich so hoch ausgefallen ist, weil die Fronten zwischen der EU und den USA derzeit so verhärtet sind, wie allenthalben gemutmaßt wird. Wahrscheinlich ist das nicht. Und wenn es so wäre, würde es dem eigentlichen Anliegen nur schaden. Denn im Verfahren gegen den amerikanischen Internetkonzern geht es nicht um eine Revanche für die Strafzölle der USA gegen europäischen Stahl und – möglicherweise schon bald – deutsche Autos. Es geht um den Machtmissbrauch eines Konzerns zulasten der Konkurrenten und der Verbraucher. Rund 80 Prozent aller Smartphones und Tablets sind mit Googles Betriebssystem Android ausgestattet. Weil Google die Hersteller dieser Geräte mit Zwang und finanziellen Anreizen dazu bringt, die Apps und Dienste des Konzerns gleich vorzuinstallieren, haben Konkurrenzprodukte kaum eine Chance. Die EU-Kommission sieht darin einen Verstoß gegen das

Wettbewerbsrecht. Google muss deshalb 4,34 Milliarden Euro zahlen und die Praktiken abstellen.

Es ist nicht das erste Mal, dass die EU-Kommission gegen Google und andere Internetkonzerne vorgeht, und es ist auch nicht das erste Mal, dass die USA darin eine Form des Protektionismus sehen, der die europäische Internetwirtschaft vor der Übermacht der US-Konkurrenz schützen soll. Doch die EU-Kommission macht nur das, was eigentlich auch die Aufgabe der US-Kartellbehörde wäre: Nie zuvor in der Wirtschaftsgeschichte haben Konzerne in so kurzer Zeit eine solche Marktmacht erlangt wie Google, Apple, Amazon und Facebook. Wo immer diese Macht missbraucht wird, müssen die Behörden einschreiten, um den Wettbewerb und die Verbraucher zu schützen. Dass die USA dies unterlassen, ist auch eine Form des Protektionismus – zugunsten ihrer Konzerne. Armin Mahler